

Doing gender

Body, Body, Body ... tönt es überall, denn die sogenannten Körperdebatten sind mittlerweile auch in der BRD zum regelrechten Boom avanciert. Auf akademischer Ebene kam hierzu Anfang der Neunzigerjahre ein wesentlicher Anstoß von der amerikanischen Rhetorikprofessorin Judith Butler. Butlers »Unbehagen der Geschlechter« und ihre darauffolgende Publikation »Körper von Gewicht« hat eine Vielzahl von Diskursen über Geschlechtsidentität und kulturelle Einschreibungen von Körpern ermöglicht.

Butler hat gezeigt, dass Geschlechtsidentitäten insgesamt Ausdruck einer bestimmten historischen Praxis sind, nämlich der Zweigeschlechtlichkeit, und diskursiv hergestellt werden; dass weiter nicht einmal ein »neutrales«, biologisches Geschlecht existiert, weil bereits schon jeder Blick auf das biologische Geschlecht kulturell kodiert ist.

Butler begreift Geschlechtsidentität als Akt mit performativem Charakter. Sie spricht von *Doing Gender*. Wir »sind« kein Geschlecht und haben auch nicht einfach irgendeine Geschlechtsidentität, sondern wir »tun« es, und zwar in und durch die Wiederholung. Deshalb liegt Butler zufolge in der Variation, in der Vielfältigkeit der Geschlechter eine Möglichkeit von Subversion hinsichtlich bestehender Geschlechternormen. Dabei dient ihr die »Geschlechterparodie« als Möglichkeit, mit Geschlechtsidentitäten zu spielen.

Die Problematik des Spielens mit Geschlechtsidentitäten zeigt sich besonders deutlich darin, wie dieses Konzept aufgegriffen wird. So heißt es in der Ankündigung zur aktuellen Frauenringvorlesung zum Thema »Körper und Geschlecht« unter anderem: »Neue Technologien wie das Internet tragen dazu bei, hierarchische Strukturen zu untergraben, indem jedeR sich aussuchen kann, welchen Körper, welche geschlechtliche Identität er/sie sich zulegt.« Das mutet merkwürdig an, denn es suggeriert, dass das Internet ein herrschaftsfreier Raum sei, indem jedeR in lustigem Voluntarismus mit Geschlechtsidentitäten spielen kann.

Geschlechterverhältnisse wie Körperkonstruktionen sind von politischen Auseinandersetzungen aber nicht zu trennen. *Doing Gender* bleibt wirkungslos, wenn Gender nicht klar als herrschaftskritische Kategorie verstanden wird und, um aussagekräftig zu sein, auf ihre strukturelle Selbstauflösung zielt. Ohne den Einbezug anderer Unterdrückungsverhältnisse verfehlt *Doing Gender* jedes emanzipative Potential. Anders ausgedrückt: Verbleibt das Reden über Körper, und sei es auch aus angeblich feministischer Perspektive, auf der Ebene der reinen Spielerei, kann es konfliktlos in herrschende Diskurse eingebettet oder für bestimmte diskursive Praktiken funktionalisiert werden.

Doch wie läßt sich der strukturelle Rahmen, der herkömmliche Geschlechtsidentitäten hervorbringt und verdinglicht, ausreichend beschreiben? Klassische Patriarchatstheorien gehen von einem Herrschaftsverhältnis aus, in dem ein natürliches Subjekt »Mann« ein natürliches Subjekt »Frau« unterdrückt. Genau diese natürlichen Subjekte bezweifelt Butler aber. Sie nimmt wie Michel Foucault an, dass das »Subjekt« selbst wie auch seine Identität und sein »Körper« diskursiv produziert werden.

Butler begreift Geschlechtsidentitäten auch als Unterdrückungspraxis, die es als solche wahrzunehmen und zu bekämpfen gilt. Kann diese Unterdrückungspraxis, die nach Butler eine heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit ist, patriarchalisch genannt werden? Und inwiefern läßt sich nun Butlers Ansatz der Dekonstruktion von Geschlecht, dem das Ziel obliegt, die Zweigeschlechtlichkeit aufzulösen, überhaupt mit gängigen Patriarchatstheorien verbinden? Wenn wir Butlers Thesen zustimmen, müssen wir dann den Begriff Patriarchat neu definieren oder gar ganz über Bord werfen?

Eines kann als sicher gelten: Die Dekonstruktion von Herrschaft ist kein Spiel, sondern ein Kampf, der auch auf politischer und ökonomischer Ebene gewonnen werden muss.

Vera Kallenberg

Lieber gleich berechtigt als später

Feminismus ist nötiger denn je

»Ich will Kinder und Karriere und guten Sex und haufenweise Geld und ewige Jugend und Fitness...« Wer kennt es nicht, das omnipräsente Bild der modernen, einer Vielfachbelastung standhaltenden Superfrau? Sie erhält ihre Jugendlichkeit durch entsprechende Kosmetik, weil sie es sich wert ist, und ist den ganzen Tag aktiv. Mit ihrer Sexualität, wie immer die auch aussehen mag, hat die moderne Frau keine Probleme: Sie weiß, was sie will und nimmt sich, was sie will. Als Rollenmodell ist sie Ausdruck eines antifeministischen Rollbacks in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Antifeministinnen

»Ich fühle mich nicht unterdrückt, ich brauche keine Sonderbehandlung, ich kann schon selbst meine Frau stehen!« Auf diesen Standpunkt stellen sich derzeit immer mehr Frauen. Quotierte Redelisten sowie Frauenquoten insgesamt erschließen diesen Frauen eher schädlich, und mit feministischen Slogans wie »Das Private ist politisch« wissen sie schlicht nichts mehr anzufangen. Damit tragen sie dazu bei, das patriarchale System zu reproduzieren, da faktische Geschlechterhierarchien einfach ignoriert werden.

Diese Geschlechterhierarchien lassen sich beispielsweise daran ablesen, dass unbezahlte Arbeit nach wie vor zu 80% von Frauen geleistet wird, Frauen im Durchschnitt bei Stellenkürzungen oder im Rezessionsfall als erste entlassen werden und insgesamt seltener einen Arbeitsplatz erhalten, der ihrer beruflichen Qualifikation entspricht.

Gerade beim Thema »Sexualisierte Gewalt gegen Frauen« wird besonders deutlich, dass es sich bei der Wirklichkeit gewordenen Gleichberechtigung um ein Märchen ersten Ranges handelt. Immer noch ist die Alltagserfahrung von Frauen durch sexuelle An- und Übergriffe auf unterschiedlichen Ebenen geprägt. Innen allen ist immanent, dass Frauen zu sexualisierten Objekten degradiert werden. Punktuelle Verbesserungen der Gesetzeslage – beispielsweise ist Vergewaltigung in der Ehe inzwischen strafbar – führen andererseits dazu, dass die Täter der Öffentlichkeit ausschließlich als Kriminelle präsentiert werden. Auf der Jagd nach Einschaltquoten und Auflagenstärke stellen die Medien einzelne Taten in den Vordergrund, die die Aufmerksamkeit der KonsumentInnen anziehen sollen: Der »Kinderschänder« und der »Serientäter« bringen gruselige »Realität« in jedes Wohnzimmer. Die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung über gesellschaftliche Herkunft, Ursachen und Kontinuitäten sexualisierter Gewalt wird dadurch negiert.

Männerbastion Hochschule

An den Hochschulen gelingt es den old-boys-networks immer wieder, Versuche einer grund-

legenden antipatriarchalen Reform zu untergraben. Die Universität Köln bietet ein trauriges Beispiel: Das Vorlesungsverzeichnis des Sommersemesters 2000 verzeichnet 697 Universitätsprofessoren und 59 Universitätsprofessorinnen – das entspricht einem Frauenanteil von knapp 8 Prozent (nach Fakultäten aufgeschlüsselt: Wiso: 76:4, Jura: 42:1, Med: 134:4, Phil: 157:18, Mat-Nat: 163:9, PH: 93:13, AfH: 32:10). Während Frauen in der privilegiertesten Gruppe also nach wie vor kaum vertreten sind, machen sie 90 Prozent des Reinigungspersonals aus. Da die Männerselektion nicht freiwillig auf ihre gewohnten Privilegien verzichten, kann eine grundlegende Veränderung nur durch strukturelle, gesetzlich fixierte Maßnahmen erfolgen.

Im neuen Landeshochschulgesetz hätten solche Regelungen klar festgelegt werden können, aber dies entsprach offensichtlich nicht dem politischen Willen. Obwohl das Antrags- und Rede-recht der Frauenbeauftragten/Gleichstellungsbeauftragten nun ausdrücklich fixiert wurde (§23), sind keine grundlegenden Einfluss- oder Vetomöglichkeiten vorgesehen. Die Tatsache, dass es an der Uni Köln in Zukunft neben der Gleichstellungskommission auf universitärer Ebene auch entsprechende Organe in den Fakultäten geben soll, hinterlässt nur kurzfristig einen positiven Eindruck. So werden deren Mitglieder in Zukunft nicht mehr von den Professorinnen, Studentinnen, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen aus der eigenen Mitte gewählt, sondern als Kommission des Senats bzw. als Kommissionen der Fakultäten eingesetzt. Zukünftig bestimmen die alten Herren also selber, welche Männer und Frauen geeignet sind, über Gleichstellungsbelange zu befinden.

Auch die herrschende Wissenschaft ist sowohl in der Wahl ihrer Methoden als auch ihres Untersuchungsgegenstandes männerzentriert. Das veranschaulicht auf Kölner Ebene das Frauenveranstaltungsverzeichnis. Hier werden für das aktuelle Wintersemester 45 Lehrveranstaltungen »mit frauen- und geschlechter-spezifischen Schwerpunkten« aufgeführt (von denen allerdings einige den Schwerpunkt höchstens peripher tangieren). Das Gesamtangebot zeigt: Frauen- und Genderforschung erhält an der traditionsreichen Universität Köln nach wie vor kaum Raum.

AL gegen elitären Feminismus

Die Vision einer Uni von Frauen für Frauen, die der sogenannten zweiten Frauenbewegung bereits seit den 70er Jahren vorschwebt, sollte während der EXPO 2000 in Hannover im Rahmen des Projekts der »Internationalen Frauenuniversität »Technik und Kultur« (ifu) umgesetzt werden. Allerdings beinhaltet die ifu keine offene und kritische Struktur. So waren Studentinnen

aus den Leitungsgremien ausgeschlossen. Vielmehr war die ifu gekennzeichnet durch private Finanzierung und Studiengebühren. Letztlich erwies sich die ifu als reine Eliteuniversität, zu der von vorneherein nur ein ausgewählter Kreis von Wissenschaftlerinnen Zugang hatte. In derlei Strukturen sieht die AL eine Aufkündigung feministischer Solidarität und eine Hinwendung zu kapitalistischen Selektionsprinzipien. Sie ermöglichen lediglich einzelnen Frauen, eine starke Position zu erlangen, tragen aber nichts zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse bei. Feminismus muss unserer Ansicht nach im Zusammenhang einer fundierten Kapitalismuskritik stehen, da es innerhalb einer hierarchischen, profitorientierten Gesellschaft keine Gleichberechtigung aller Menschen geben kann, was Ursache für die Nicht-Gleichstellung der Frauen auf gesellschaftlichem und ökonomischem Gebiet ist.

Als AL sehen wir es als unsere Aufgabe an, patriarchale Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, auf sie aufmerksam zu machen und sie sowohl in unserem Alltag als auch in der Gesellschaft abzubauen. Als linke Hochschulgruppe haben wir den Anspruch, jedes Thema, sei es nun Ökonomie, Globalisierung, Biopolitik etc., immer auch im feministischen Standpunkt zu betrachten oder von feministischer Perspektive anzugehen.

Dazu gehört auch, dass es selbstverständlich ist, in Publikationen und Texten konsequent das Binnen-I zu verwenden und auch in mündlichen Äußerungen auf den Sprachgebrauch zu achten. Damit versuchen wir, dem herrschenden Sprachgebrauch – in dem ein einzelner Mann aus einer Gruppe von 99 Studentinnen 100 Studenten macht – entgegenzutreten. Wir möchten das Bewusstsein für Unterdrückungsmechanismen in



der Sprache wecken, die das »Männliche« zum Normalen und das »Weibliche« zum Anderen machen. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass Sprache nicht nur als Repräsentantin, sondern auch als Handlung zu begreifen ist, die stets Strukturen reproduziert und festigt.

Vera Kallenberg
Susanne Krauß



Staat raus aus unseren Betten!

Lange Zeit schon forderten Teile der Homosexuellen-Bewegung die Öffnung der Ehe auch für Lesben und Schwule. Nun gibt es einen Gesetzentwurf der rot-grünen Regierung, der nicht die Ehe, sondern die so genannte Eingetragene Partnerschaft zum Inhalt hat. Ein Gesetz, welches de facto das erste Sondergesetz für Homosexuelle seit der ersatzlosen Streichung des Paragraphen 175 Strafgesetzbuch ist, durch den Homosexuelle bis Mitte der neunziger Jahre strafrechtlich verfolgt wurden. Die Mehrheit der Lesben und Schwulen scheint das nicht zu stören, da sie diese Gesetzesänderung gemeinsam mit prominenten Einzelpersonen wie beispielsweise Hella von Sinnen oder Jürgen Domian und dem Lesben- und Schwulverband Deutschland (LSVD) für einen Teil der Gleichberechtigung halten. Dadurch bleibt nur noch eine kleine kritische Minderheit unter den Lesben und Schwulen, für deren Kritik nur wenig Raum geblieben ist.

Das ehemals verfolgte Ziel der Homosexuellenbewegung, die gleichen Rechte und gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen, ist richtig und verdient Unterstützung. Die Öffnung der Ehe kann jedoch niemals der richtige Weg sein, die Eingetragene Partnerschaft schon gar nicht. Denn die Öffnung der Ehe bedeutet weiterhin den Ausschluss von Menschen, egal ob hetero- oder homosexuell, die nicht an diesen bürgerlichen Szenarien teilnehmen wollen, aber selbstverständlich auch gerne die gleichen Rechte hätten wie Verheiratete.

Wie kann also ein Gesetz, welches nur einer bestimmten Gruppe von Menschen offen steht, andere jedoch weiterhin ausgrenzt, als emanzipatorisch angesehen werden?

Die Eingetragene Partnerschaft ermöglicht Lesben und Schwulen, Eheprivilegien in abgeschwächter Form wahrzunehmen. Sie haben z.B. im Erbrecht oder im Krankheitsfall gleiche Rechte wie Verheiratete. Bei der Adoption von Kin-

dern allerdings gesteht ihnen der Entwurf keinerlei Rechte zu. Andere Lebensformen werden ausgeschlossen. Menschen, die sich nicht eintragen lassen oder heiraten wollen, oder Menschen, die mit mehreren zusammenleben, haben wieder einmal Pech gehabt.

Der Kampf um gleiche Rechte und Abschaffung aller Privilegien, die Eheleute genießen, steht nach der Verabschiedung des Gesetzes neuen Schwierigkeiten gegenüber. Alle, die wie die Alternative Liste weiterhin eine emanzipatori-



sche Lebensform einfordern, werden es nach der Einführung der Eingetragenen Partnerschaft noch schwerer haben, politische Verbündete zu finden.

Maria Venhoff